Cornelia Stocker, FDP
Marcel Wickart, FDP

Herrn Rainer Hager
Präsident des GGR
Stadtkanzlei
6301 Zug

Zug, 23. März 1999

Interpellation betreffend Submissionseinladeverfahren und Arbeitsvergabungen durch die Stadt Zug für Aufträge unter den Schwellenwerten

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Seit Anfang 1998 verfügt die Stadt Zug über ein Reglement für das öffentliche Beschaffungswesen (Submissionsreglement), welches diejenigen Bereiche regelt, die unter den entsprechenden Werten der GATT-Vereinbarungen liegen. Zusammen mit den sogenannten ; „Spielregeln" - so wurde es damals als Ziel formuliert - soll dieses Reglement Gewähr für eine faire Auftragsvergabe bieten. So weit so gut. In dessen Anwendung - und dies auch vor dem Hintergrund einer sozialpolitischen Verantwortung - treten unserer Meinung nach nun gewisse Nachteile für Stadtzuger Unternehmen zutage.

Zum einen zeigt die Praxis jetzt, nicht alle Zuger Gemeinden legen diese Spielregeln gleich aus. Gemäss diesem Arbeitspapier *sollten* Aufträge ab Fr. 250'000.- öffentlich ausgeschrieben werden. Für einige Zuger Gemeinden ist diese vereinbarte Limite obsolet. Öffentliche Ausschreibungen erfolgen nur, wenn sie unter die GATT-Bestimmungen fallen. Selbst die GATT-Schwelle wird oftmals umgangen, indem für gewisse Arbeitsgattungen zwei oder mehr Lose gemacht werden. Dadurch funktionieren die Gegenrechtsvereinbarungen, wie ursprünglich beabsichtigt und angestrebt, nicht. Mit dieser Umgehung betreiben gewisse Gemeinden quasi Heimatschutz, indem sie das eingeladene Verfahren wählen, und, was durchaus legitim ist, ihr innergemeindliches Gewerbe berücksichtigen. Weil sich die Stadt Zug an die seinerzeitigen Abmachungen hält, erwachsen den Stadtzuger Unternehmen in der jetzigen Situation eindeutig Nachteile. Mehr Submittenten verhelfen der Stadt vielleicht zu noch günstigeren Angeboten, aber bringen auch einen massgebenden Mehraufwand, wenn alle Angebote seriös geprüft und gewertet werden müssen. Ob sich ein solch aufgeblähtes Verfahren für die Stadt letztendlich bezahlt macht, ist fraglich.

Zum anderen werden Kriterien wie Ökologie und Lehrlingsausbildung weit weniger gewichtet, als es gesellschaftspolitisch vernünftig ist. Denn Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, helfen dem Staat sozialpolitische Verantwortung zu tragen. Aus sozialen Erwägungen werden vielfach schwächere Angestellte, die aufgrund ihrer Leistungen oder des Auftragsvolumens auf der Kippe stehen mitgezogen, damit man sie nicht auf eine aussichtslose Stellensuche schicken oder dem Sozialamt übergeben muss. Das aber wird praktisch nicht honoriert.

Abschliessend möchten wir festhalten, dass es uns nicht um Heimatschutz geht. Wir wollen lediglich, dass alle Zuger Gemeinden mit gleich langen Spiessen operieren resp. die Stadtzuger nicht weiter benachteiligt sind. Noch mehr ist es uns ein Anliegen, mit den bestehenden Möglichkeiten auch Anreize für die Erhaltung und Schaffung von Ausbildungsplätzen oder, dass mittels einer massvollen Unterstützung, sogenannte „Sozialfälle" beschäftigt oder weiterbeschäftigt werden können. Wenn der Staat das Gewerbe und die Wirtschaft in diesem Sinne indirekt unterstützt, bringt das nicht nur positive Auswirkungen auf die Psyche der Sozialschwächsten, indem sie einer geregelten Arbeit in einem nicht ghettoisierten Umfeld nachgehen können, sondern auch verminderte Sozialausgaben für die Stadt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung unserer folgenden Fragen:

1. Die Praxis zeigt nun, dass andere Zuger Gemeinden das Arbeitspapier „Spielregeln" nicht mittragen. Ist der Stadtrat bereit, bei der öffentlichen Ausschreibung auch aufs Maximum zu gehen, wie es beispielsweise der Kanton praktiziert?

2. Kann der Stadtrat Aussagen machen, wie sich sein Vorgehen, mehr öffentlich auszushreiben als verbindlich nötig, sich unter Berücksichtigung des damit verbundenen Mehraufwandes finanziell auswirkt?

3. Ist der Stadtrat bereit, die sogenannten Zuschlagskriterien nach einem Punktesystem, ähnlich Dienstleistungswettbewerb, zu gewichten?

4. Ist der Stadtrat bereit, die Zuschlagskriterien so zu gewichten, dass für das Gewerbe echte Anreize geschaffen werden, Lehrlinge auszubilden und sozial schwache Leistungsträger zu beschäftigen?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

sig.Cornelia Stocker sig. Marcel Wickart